

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Starke 4/6, durch die Einzelhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5, Matthias-Platz 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjährl. Belegungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 30 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf., das fette Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Starke 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Völkerbund bestätigt die Europakommission

Debatte über das Verfahren in Minderheitsfragen Briand nach Paris zurückgekehrt

Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Europa-Kommission hat am Mittwoch im politischen Ausschuss des Völkerbundes ihren Berechtigungschein erhalten. Die Vorwände Japans und Persiens, daß trotz vielen Aufwandes nichts erreicht worden sei, drangen nicht durch. Man überwies den wirtschaftlichen Teil der Europaarbeit an die zweite Kommission und nahm ohne Widerspruch eine Entschließung an, in der die Vollerfassung aufgefördert wird, mit Befriedigung von den bisherigen Arbeiten Kenntnis nehmen und Organisation sowie Arbeitsweise der Europa-Kommission anzuerkennen. Die künftige Arbeit soll sich stärker an den Instanzen des Völkerbundes bedienen und ihnen alle Probleme von universellem Interesse übergeben. Das Spezialkomitee zur Beratung des Sowjetantrages eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes soll später zumangeordnet werden unter Beteiligung auch außereuropäischer Staaten.

Dr. Curtius leitete dann die Aussprache über die Behandlung der Minderheitenpetition auf Grund des Madrider Verzahrens ein. Er erinnerte an die Rede des früheren englischen Außenministers Henderson, die die lokale Durchführung des Minderheitenschutzes als lebenswichtige Notwendigkeit für die Erhaltung des Friedens bezeichnete. Die Ratsaussprache im Mai müsse der Ausgangspunkt für eine ständige Form des Systems für Minderheitenschutz sein. In dem Minderheitenkomitee seien 1930 nur 57 Fälle behandelt worden, während in diesem Jahr über 200 anhängig gemacht wurden, von denen 70 als zulässig bezeichnet seien. Die Rechte der Minderheiten zur Ausrufung des Völkerbundes dürften in keiner Weise beschränkt werden, ebenso dürften keine Verwaltungsmaßnahmen nach Beschwerden einleiten. Die Arbeit der Minderheitenkomitees könne noch gefördert werden, wenn öfters die im Madrider Abkommen von 1929 vorgesehene Erhöhung von drei auf fünf Mitglieder beantragt würde. Auch sollten die Regierungen stets ihre Erlaubnis zur Veröffentlichung der Komiteentscheidungen geben, was das Vertrauen der Minderheiten nur stärken werde. Es seien zwar sichtbare Fortschritte gemacht, aber der Völkerbund könne keine Aufgabe immer besser erfüllen, die heiligen Rechte der Minderheiten zu schützen.

Griechenland, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien ließen gemeinsam erklären, daß sie sich jedem Vorschlag widersetzen würden, der über die bestehenden Minderheitenverträge hinausgehe. Graf Apponyi-Ungarn verlangte die Veröffentlichung der Regierungsantworten auf Beschwerden, während der Kanadier Beaubien als einziger die Notwendigkeit einer ständigen Minderheitenkommission mit öffentlichen Verhandlungen betonte. Lord Cecil und Petch-Frankreich unterstutzten die Ausführungen von Curtius. Spanien hat zur Beratung der Minderheitenfrage einen Vertreter aus der jetzt autonomen Minderheit Kataloniens entsandt. Dieser erklärte, daß seine Zugehörigkeit zur spanischen Delegation alle Gerüchte über eine drohende Spaltung in Spanien widerlegte. Die Verfahrensfrage allein sei nicht das wichtigste am Minderheitenproblem, man solle den Minderheiten, so wie es die Republik Spanien jetzt getan habe, ihre kulturellen Freiheiten geben, dann sei das psychologische Problem gelöst. Da kein endgültiger Antrag vorlag, wird der Vollversammlung ein Bericht über die Aussprache erstattet werden.

Paris, 17. September. (Eigener Funkbericht.)

Briand ist am Mittwochabend nach Paris zurückgekehrt. Er hat mit seinen Begleitern den Zug bereits 60 Kilometer vor Paris verlassen, wahrscheinlich um Rundgebungen bei der Ankunft auf dem Bahnhof zu verhindern und hatte den letzten Teil des Weges im Kraftwagen zurückgelegt. Der Außenminister wird dem heute vormittag im Elisee stattfindenden Ministerrat beiwohnen. Bis zu seiner Abreise nach Berlin dürfte er sich dann wieder auf sein Landgut Cocherel begeben.

Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

In der Budget-Kommission wurde die Aussprache über Einsparungen im Völkerbundsbudget am Mittwoch insofern mit einer Vertrauenserklärung für die Kontrollkommission abgeschlossen, als man es ihr überließ, Einsparungen zu machen, die die produktive Arbeit des Völkerbundes nicht einschränken. Ueber die Gehälter der hohen Angestellten wurde keine Entscheidung getroffen.

Die englischen Matrosen siegen!

Die englische Regierung weicht vor den Matrosen in der Soldfrage zurück

London, 16. September (Eigener Drahtbericht.)

Die Unruhen in der englischen Flotte beschäftigten am Mittwoch das Unterhaus. Der erste Lord der Admiralität, Austen Chamberlain, erklärte, daß die Beschwerden über gewisse Härten der Soldkürzungen ernstlich geprüft würden. Die Schiffe würden in die Heimathäfen zurückkehren, wo die Unternehmung stattfinden würde. Die Regierung habe die Vorschläge zur Milderung der erwähnten Härten gebilligt.

Die Regierung gibt also nach und ist bereit, einen nicht wesentlichen Bestandteil ihres Notprogramms aufzugeben. Das haben die Matrosen erreicht. Mit Recht werden jetzt andere ähnlich schwer von dem Notbudget betroffene Schichten der Bevölkerung sagen, daß die Druckmittel der Flotte sich wirklicher erwiesen haben als die parlamentarischen Einsprüche z. B. der Lehrer, deren Gehaltstürzungen ebenfalls besonders hart empfunden werden.

Was sich in der englischen Flotte in den letzten Tagen abspielte, hat, wie ein in der Geschichte der englischen Flotte noch nicht dagewesener Vorgang. Daran zeigt auch die Tatsache nichts, daß es sich keineswegs um eine Meuterei oder um eine politische Bewegung gehandelt hat. Es war eine reine Lohnbewegung. Die Beschwerden sind ordnungsgemäß an die Offiziere weitergeleitet worden, die, selbst von der Kürzung betroffen, sie mit Sympathie aufgenommen haben.

Der Soldstreik der Flotte beendet

London, 17. September. (Eigener Funkbericht.)

Der Soldstreik der englischen Flotte, über den nähere Einzelheiten vorliegen, geht hauptsächlich von den in Dovergeordn stationierten Schiffen der Atlantikflotte aus. Er fand seinen Ausdruck zunächst darin, daß sich die Matrosen dieser Flotte weigerten, dem Befehl auf Richtung nach Antarktika zu entsprechen. Stattdessen ließen sich die Matrosen die Kachel, die zu den Antarktika führen, so daß eine Ausfahrt ermöglicht wurde. Zugleich aber brachten sie auf den englischen Kriegsschiffen ein dreifaches Hoch aus. Sie wollten damit bewirken, daß ihre Aktion nur als Protest gegen die Härten der Soldherabsetzung und nicht als Illegalität gegenüber der Krone aufzufassen sei.

Die Unzufriedenheit der Matrosen richtet sich insbesondere

gegen die drastischen Reduzierungen, die zum Teil 50 Prozent übersteigen. So erhält beispielsweise die Frau eines einfachen Matrosen nach der alten Besoldungsordnung wöchentlich 26 Schilling, während sie nach der neuen Besoldungsordnung nur 13 Schilling erhalten soll. Inzwischen hat die britische Admiralität zur Beruhigung der Matrosen mitgeteilt, daß sich die Kürzung nur auf den Grundsold, nicht aber auf die Familienzulagen und sonstige Gelder beziehe. Insofern betrage die Kürzung „nur 7,7 vom Hundert bis 13,6 vom Hundert“.

Die Disziplin der Flotte ist nach den Erklärungen der Regierung im Unterhaus bereits am Mittwoch wieder restlos hergestellt worden. Irgendwelche Beunruhigungen werden von nirgendwo gemeldet.

Curtius zeigt Dingelden die kalte Schulter

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingelden, hat kürzlich an den Reichsaußenminister nach Genf einen Brief gerichtet, der Curtius darüber unterrichtete, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion gegen sein weiteres Verbleiben im Amt ist. Der Reichsaußenminister hat auf diesen Brief telegraphisch geantwortet, daß er sich ausschließlich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Oesterreichs Regierung hat gelernt

Bundeskanzler Buresch lehnt Abbau der Sozialausgaben ab.

Genf, 16. September. (Eig. Draht.)

Die Verhandlungen über eine Völkerbundsanleihe für Oesterreich, die am Dienstag und Mittwoch im Finanzkomitee geführt wurden, sind ins Stocken geraten. Das Komitee hat dem österreichischen Bundeskanzler während der Besprechungen für die österreichische Verwaltung eine Reihe von Sparmaßnahmen vorgeschlagen. Buresch gab daraufhin einen Ueberblick über

Amerika gegen Europa

(Von unserem Korrespondenten)

Newyork, im September. (Eigener Bericht.)

Erfüllt von hysterischer Nervosität und geplagt vom Abdruck künftiger Entwicklung hat die amerikanische Hochfinanz die Notwendigkeit empfunden, sich auch nach außen hin mit den politisch-wirtschaftlichen Problemen der außer-amerikanischen Welt energisch auseinanderzusetzen. Entrüstet schlägt Amerika die Hände über die sozialen Extravaganzen Europas zusammen, geschickt bieten die amerikanischen Wirtschaftskapitäne und eine künstliche Presse ihre gemeinsamen Kräfte gegen die angeblichen Mißbräuche und „Moralisierenden Verträge gegen Wirtschaftsgesetze“ auf der anderen Seite des Ozeans auf. Es wäre grundsätzlich, diese Besorgnis auf das Konto amerikanischer Anteilnahme an europäischen Staatsbudgets oder gar um das Blühen und Gedeihen europäischer Finanzen zu schreiben. Der eigentliche Grund ist viel simpler und daher auch umso gefährlicher. Mit wachsender Unruhe ist im amerikanischen Kapitalistenlager bemerkt worden, daß auch hierzulande soziale gelehretheitliche Ideen Fortschritte zu machen beginnen. Vor die Frage künftiger Entscheidungen gestellt hat man sich entschlossen, diesen Ideen gründlich das Wasser abzugraben, woher sie stammen, nämlich in Europa.

Seit Jahren wird der staunenden Welt von dem Genius amerikanischer Finanzgebarung erzählt, wird krampfhaft glauben gemacht, daß die Menschheit um finanzielle Belehrung nach den USA. hinken müsse. Nichts von alledem ist wahr, vielleicht mit einer einzigen Ausnahme der Tatsache, daß Amerika nach einer Reihe unbekanntlich fetter Wirtschaftsjahre im goldenen Fette schwimmt, einfach nicht weiß, was es mit seinen finanziellen Ueberflüssen tun soll, und sich daher jede Extravaganz gestatten kann. Wie schaut es in Wirklichkeit bei dem großen Mehrmeister aus? Die kürzlich erfolgte Auflegung einer Reihe kurz- und langfristiger bundesstaatlicher Anleihen im Gesamtbetrag von 1100 Millionen Dollar hat die Situation blühartig beleuchtet. Es ist dies die größte Pumpaktion, die das reiche Amerika seit dem Jahre 1917, dem kritischen Kriegsjahre, vorgenommen hat und sie trägt auch alle Kriegsmertale an sich. Die Anleiheummerten werden gerade dazu dienen, das Budget des Fiskaljahres 1930/31 mit seinem Defizit von 903 Millionen Dollar und einen Teil des diesjährigen Defizits, das in knapp zwei Monaten die stattliche Summe von 387 Millionen Dollar erreicht hat, auszubalanzieren. Die schwebende Schuld, an deren Senkung Jahr für Jahr gearbeitet worden ist, wird damit eine Steigerung von über einer Milliarde Dollar erfahren. Trotz dieser ungeheuren Summe wird es der Bundesregierung nicht möglich sein, das zu erwartende Budgetdefizit mit Leihgeldern auszugleichen. Früher oder später, wahrscheinlich sehr bald, wird sie nach regulären Einnahmequellen Umschau halten, neue Steuern mobilisieren müssen. Alle diese Fragen werden nach Zusammentritt des Bundeskongresses im Dezember spruchreif werden. Dann wird auch Amerika an dem finanziellen Kreuzwege angelangt sein, an dem sich die europäischen Mächte schon seit langem befinden.

So sieht also die amerikanische Finanzgebarung aus. Um bis zum Zusammentritt des Bundeskongresses die Maschine im Laufen zu halten, werden wahllos Gelder zusammengepumpt, wird also genau das getan, was man in Deutschland und England nicht scherz genug verdammen kann. Scharfsinnige Finanzbeobachter werden sagen, daß derartige Vergleiche bei der Verschuldung Europas an Amerika nicht angebracht sind. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß auch Amerika den Pumpweg beschritten hat, um fällige Schulden bezahlen und laufende Ausgaben bestreiten zu können. Der Rest liegt bei der göttlichen Vorsehung und den allmächtigen Finanziers.

Mitte des vorigen Jahres bereiteten die großen Weisen des amerikanischen Schachmattes die Öffentlichkeit darauf vor, daß der Fehlbetrag für 1930/31 etwa 180 Millionen Dollar betragen werde. Nach wenigen Wochen steigerte sich diese Ziffer auf 300 Millionen, später auf 500 und 700 und erreichte bei Abschluß des Rechnungsjahres die ungeheure Summe von fast einer Milliarde Dollar. Und das alles, obgleich keine unerwarteten Veränderungen im Bundeshaushalt eingetreten waren, die Ausgaben sich im Rahmen der Voranschläge bewegten und man nicht

die bereits eingesparten Summen, lehnte aber die Forderung auf stärkere Herabsetzung der Sozialausgaben ab. Die Verhandlungen werden zunächst in einem Unterausschuss fortgesetzt und zwar unter Zugrundelegung des neuen österreichischen Voranschlags.

Die Völkerbundsanleihe für das Saargebiet wurde im günstigen Sinne entschieden. Ein technisches Komitee wird ihre Bedingungen ausarbeiten. Ueber die Frage der Finanzhilfe für Ungarn fand eine einständige Aussprache statt, die aber noch zu keinem greifbaren Ergebnis führte.

einmal die Entschuldigung unvorhergesehener Ausgaben für Sozialfürsorge, Arbeitslosenunterstützung und Krisenhilfe hatte. Die Bundesregierung hat bis heute nicht einen Cent für Sozialfürsorge ausgeben und lehnt auch für die Zukunft derartige „unproduktive“ Ausgaben konsequent ab.

Seit Jahren überfließt die amerikanische Presse von Rückschlüssen, Europa müsse sich mit seinen Problemen wirtschaftlich, nicht politisch auseinandersetzen. Es ist grotesk, diese Sehe aus dem Munde derjenigen Leute zu vernehmen, die von Maßstab von politischen und wirtschaftlichen Fragen geradezu zu einer Kunst erhoben haben. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, warum sich Amerika mit seinen ungeheuren natürlichen Reichtümern und seiner mächtigsten Wirtschaft zu einer finanziellen Katastrophopolitik belassen. Pumpen kann man nicht ewig, ein Grundgesetz, den Amerika wohl willig in fremden Ländern anerkennt, aber im eigenen Hause nicht wahr haben will. Mit gepumpten Geldern kann man manches zudecken, auch die unglaubliche Verschwendung öffentlicher Mittel, wie sie in Amerika gang und gäbe ist, aber schließlich können auch in Gottes eigenem Lande geordnete Haushaltsgehalte nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Die Antwort ist einfach und illustriert das Hypokritenhum, das sich auf allen Gebieten des amerikanischen öffentlichen Lebens auswirkt. Budgets werden mit öffentlichen Anleihen finanziert, weil man im Angesicht der kommenden Präsidentenschaftswahlen nicht wagt, die Handvoll großer Finanziers vor den Kopf zu stoßen. Aus dem Grundgesetz heraus, eine Hand wäscht die andere, verklebt man die Augen vor den düsternen Tatsachen und benimmt sich wie Bankeurotzeure, die man wohl nicht dem Namen, aber den Tatsachen nach ist. Mit Hilfe einer bewußt irreführenden

und feindseligen öffentlichen Meinung werden elementare Haushaltsprobleme mit immer neuen Geldquellen zugedeckt und eine Atmosphäre geschaffen, die es amerikanischen Finanziers erlaubt, über die Hart um ihre Existenz kämpfenden europäischen Staaten höhnisch zu Gerichten zu gehen.

Amerika ist das Land, in dem ein Prozent der bestehenden Klasse 30 Prozent des nationalen Reichtums kontrolliert, zehn Prozent 60 Prozent des nationalen Reichtums ihr eigen nennen und der übrige Rest von drei Prozent der überweltlichen Klasse von 120 Millionen Menschen überlassen bleibt. Das moderne Amerika repräsentiert bei allen demokratischen Auserwähltheitsformeln das Musterbild einer finanziellen Oligarchie, die sich weit über ihre eigenen Landesgrenzen hinaus das politische, wirtschaftliche und soziale Schicksal von Hunderten von Millionen Menschen unterjocht hat. Diese ständig schrumpfende Oligarchie hat einen Gipfelpunkt erreicht, auf welchem sie nichts mehr mit ihren eigenen Volksmassen verbindet, deren überwiegender Teil nicht einmal mehr in der Lage ist, die aus ihrer eigenen Kraft produzierten Güter zu erwerben. Immer mehr isoliert und von allen Seiten bedroht, steht diese Handvoll amerikanischen Finanzherren in der Zerstörung der sozialen Bollwerke Europas die einzige Möglichkeit zur dauernden Zementierung ihrer Herrschaft. Amerika weiß, daß man auf die Dauer auch in sozialen Problemen nicht zu vertriebenen Göttern in Europa und in Amerika beten kann. Die Frage reißt ihrer Entscheidung entgegen: Soll europäische Sozialerkenntnis und gemeinschaftliches Verantwortungsgefühl herrschen oder soll amerikanischer Feudalkapitalismus in seiner patriarchalischen Form triumphieren? Die Antwort kann im 20. Jahrhundert nicht zweifelhaft sein.

Reichsregierung berät neue Verordnungen

Die Reichsregierung trat am Mittwoch um 8 Uhr abends unterbrochen und dann bis in die späten Stunden weitergeführt wurde. Erörtert wurden die Probleme in zwei Gruppen zusammengefasst, die zum Teil in dieser Woche, die andere kaum vor Ende der nächsten Woche bekanntgegeben werden.

In der noch in dieser Woche zu erwartenden Verordnung werden die Aktienrechtsreform, die Bankaufsicht und die Justizverbilligung behandelt. Die am später zu erwartende Verordnung dürfte ein Winterprogramm mit umfassenden Notstandsarbeiten usw. enthalten.

Die Bankenaufsicht und die Aktienrechtsreform

Das Reichskabinett hat am Mittwoch abends 10 Uhr nach einer mehrtägigen Nachmittagsberatung über das Problem der Bankaufsicht die geplante Reform des Aktienrechts nach der gesetzlichen Seite hin abgeschlossen. Die Frage der Bankaufsicht wird im Sinne des von uns inhaftlich bereits mitgeteilten Entwurfs des Reichswirtschaftsministeriums geregelt werden. Die Reform des Aktienrechts umfasst nur die Anzahl von Maßnahmen, die sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre als dringend ergeben haben. Sie sieht vor eine Verschärfung der Haftung und Strafbestimmungen für die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, eine ziffermäßige Begrenzung der Mitgliederzahl der Aufsichtsräte und eine Begrenzung der Zahl von Aufsichtsratsmandaten in einzelnen Händen. Zugunsten der Aktionäre soll sich eine Reform in der Weise auswirken, daß die Gesellschaften zur größeren Publizität verpflichtet werden.

Die Beratungen des Kabinetts, die am Mittwoch bis Mitternacht dauerten, werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Außer einer Verordnung über die Justizverbilligung werden hauptsächlich sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erörterung stehen.

Die Reichsregierung beschäftigt, die in der Nacht abgeschiedene Verordnung über die Aktienreform, Bankaufsicht und die Justizverbilligung nicht sonderlich, sondern gemeinsam mit der in Aussicht genommene Verordnung über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen am 22. September zu veröffentlichen.

Innershalb der Reichsregierung schweben zurzeit Ermägungen darüber, inwiefern es angebracht ist, ähnlich wie in Österreich das laufende Etatsjahr um ein Vierteljahr zu verlängern und das neue Rechnungsjahr am 1. Juli beginnen lassen, es also in Uebereinstimmung mit dem sogenannten Sommerjahr zu bringen. Die Ermägungen sind darauf zurückzuführen, es zurzeit infolge der unbeständigen Steuereinnahmen, insbesondere aber auch mit Rücksicht darauf, was im Jahre 1932 dem Kriegslastennetz werden soll, fast unmöglich ist, einen vollständigen und stabilen Etat aufzustellen. Die Behauptungen der Reichspresse, daß die Reichsregierung mit der Verlängerung des Etatsjahres ausschließlich die Absicht verfolge, den Reichstag über das Frühjahr zu vertagen und ihn nach seiner Winterrückkehr erst im Sommer wieder zusammentreten zu lassen, werden von zuständiger Seite als absurd bezeichnet.

Die Liquidation des Heimwehputzsches

Wiener noch in Marburg a. d. Drau - Bemühungen um ein italienisches Visum

Weitere Verhaftungen von Heimwehführern und unteren Beamten

Große Waffensfunde und ertragreiche Hausdurchsuchungen

Wien, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Das österreichische Heeresministerium teilt mit, daß der größte Teil der Truppen, die am Sonntag in das Putzschgebiet entlarft worden waren, inzwischen in ihre Garnisonen zurückgekehrt sind. Nur das Kurtaal ist noch teilweise mit Truppen belegt.

In Steiermark wurden die Hausdurchsuchungen am Mittwoch fortgesetzt. In Donawitz wurden mehrere höhere Beamte der alpinen Montangesellschaft verhaftet. In Graz wurden ein Reihe des Komponisten Riengal, zwei Oberleutnants und zwei Hauptleute, sowie drei Heimwehreute, darunter der Landtagsabgeordnete der Heimwehr, der Kaufmann Kammerhofer, festgenommen. Seine Verhaftung wird damit begründet, daß er auf frischer Tat erzappt wurde. Der Landesstaatschef der kaiserlichen Heimwehren, Major a. D. Gallian, gegen den ebenfalls Haftbefehl erlassen ist, hat bereits am Sonntag mittag, als er sah, daß der Putzsch erfolglos bleiben würde, das Weite nach Ungarn gesucht.

In Seegraben bei Brud wurde ein großes Waffenslager der Heimwehren entdeckt. Etwa 150 Gewehre, 100 Bajonnette und große Mengen Munition wurden beschlagnahmt.

gefunden, die wertvolles Material über die Zusammensetzung, Bewaffung und die Pläne der kaiserlichen Heimwehr zu Tage förderten. In den Plänen der Putzschisten spielt auch die Wiener Heimwehr eine große Rolle. Sie sollte sich in Amstetten mit der oberösterreichischen Heimwehr vereinigen. Starhemberg hatte zu diesem Zweck am Sonntag eine größere Abteilung Heimwehreute auf Automobilen nach Amstetten entsandt. Der Plan der Vereinigung wurde jedoch vereitelt.

Unter den Heimwehreuten ist jetzt wegen der Schuld an dem Mordlingen des Putzsches ein Streit ausgebrochen. Die einen geben Starhemberg die Schuld, weil er mit der Durchführung des Putzsches zu lange gezögert habe. Andere erklären, daß sich die Hoffnungen Priemers, er könne ganz Steiermark mit sich reißen, nicht erfüllt hätten.

Wien, 17. September. (Eigener Funtbericht.) Die Wiener Staatsanwaltschaft hat gegen den Putzschisten Priemer einen Steckbrief erlassen. In Rablserburg kam es am Mittwoch vor dem Gerichtsgesängnis wiederholt zu Kundgebungen gegen die Verhaftung des Grafen Stürgkh, der Priemer nachweislich zur Flucht verholfen hat.

Wien, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen den Behauptungen, das Priemer Jugoslawien bereits verlassen und nach Italien geflüchtet sei, wird aus Marburg von amtlicher jugoslawischer Seite mitgeteilt, daß sich der Putzschist noch in Marburg bei seinem Bruder aufgehalte. Er habe sich am Dienstag nach Laibach begeben, um dort das italienische Visum zu erhalten. Es sei ihm bisher aber noch nicht erteilt worden. Priemer habe sich verpflichten müssen, sich jeder politischen Agitation zu enthalten. Ueber sein weiteres Schicksal sei noch nichts entschieden.

Die evangelische Kirche im Dienste der Nazis

Evangelischer Pastor fordert zu Kackereien auf

Glabstadt, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie stark sich die evangelische Kirche in den Dienst der Hitler-Partei stellt, zeigte eine hier abgehaltene Naziverammlung, in der nach General Vitzmann ein evangelischer Pfarrer sprach und unter anderem erklärte:

„Hinter jedem ermordeten SA-Mann sehen wir nicht den Mordmörder, sondern das Gesicht des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, den wir in unser Herz eingegraben. Und es wird der Tag kommen, wo wir den Herrgott im Himmel bitten: vergiß, daß wir das Gebot der Nächstenliebe überschreiten mußten.“

Diese Äußerungen enthalten eine Aufforderung zu einem Kackeaakt und bedeuten zugleich eine Gotteslästerung. Bisher aber hat man nichts davon gehört, daß sich die zuständige Justizbehörde der Sache angenommen hätte.

Das ist die Hitlerlegalität der Nazis

Wilde Drohungen der Nazis mit dem Beschlagen

In Habemarjchen, dem kleinen holländischen Landstädtchen, in dem Theodor Storm jahrzehntlang die Menschenliebe predigte, haben sich die Nazis aus Schleswig-Holstein ein Stelldichlein gegeben und die Legalität der Hitler-Partei auf ihre Weise demonstriert. Der Redner des Tages, der Gauleiter Lange-Altona, drückte sich folgendes aus:

„Der Tag der Rache ist nicht mehr fern. Der Tag der Rache ist nahe, und wir warten mit Ungeduld auf die Stunde, wo wir auf Befehl unseres Führers losziehen dürfen.“

Ein Pastor Treplin, der den „Gottesdienst“ abhielt, meinte in seiner Predigt, die Nazis seien vom Herrgott dazu gerufen, das deutsche Vaterland von den Gottlosen und den kommunistischen Mordbänden zu befreien. In dem nachfolgenden Umzug durch das Städtchen beteiligten sich nicht nur die Leute in voller Uniform, sondern auch eine Anzahl Beamte der Republik. Die Polizei hatte an dem Aufmarsch der Nazis in voller Uniform anscheinend nichts auszusetzen.

PETER RISS

Salzbad Amorf

Kriegsroman der Stehhaufkämpfer

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G. m. b. H. Hamburg-Bergedorf

5. Fortsetzung.

Wir zuden unwillkürlich mit zusammen. Langer läuft schwanfend mit offenem Mund.

„Zurück, zurück, zurück!“

Er tortelt zurück. Schönfeld muß sehen, daß Langer bald umfällt. Er läßt ihn „hinfallen“. Langer schwankt hin und her wie ein Rohr im Wind. Dann soll er noch Gewehrpumpen mit Kniebeugen machen. — Er kniet in die Knie, schließt die Augen und — tollt endlich nach der Seite in den Sand. Es wirkt in uns wie eine Erlösung. Blut kühlt ihm aus der Nase und Rand, sein Helm fliegt ab, er greift nach ein paarmal mit gekrümmten Händen in die Luft, als suche er einen Halt.

Der Sergeant reckt wild die Treppe hinauf und brüllt durch die Gänge nach dem Sanitätser.

Währenddessen bin ich schon mit Rinulla und Adamszki unten bei unserem ohnmächtigen Kameraden. Wir reißen ihm alles auf und gießen ihm Wasser in den Hals. Er kommt trotzdem nicht zu sich. Als der Sanitätser und ein Schreiber mit einer Fahre kommen, schnauzt Schönfeld uns an und will uns meiden, weil wir ohne Befehl nach unten gekommen sind.

Sie tragen Langer ins Revier. Ich bringe den Helm und das Gewehr hinterher. Eine dünne Blutspur zieht sich bis nach der Treppe.

Ich habe die Kräfte, eine Qual, die ich nicht einmal dem Namen nach kannte. Wenn wir auf dem Kalernerhof Werdungen machen müßen, Stillethen über, langsamem Schritt machen — dazu überkommt mich ein unübersehbarer Juckreiz. Es ist eines der vielen Leiden, die dem Soldaten das Leben schwer machen.

Abends unter der Wolldecke ist es am schlimmsten, wenn man warm wird. Man möchte sich die Haut aufreißen. Ich leide furchtbar im geheimen darunter, weil ich es niemandem sagen mag, aus Scham, man könnte mich für unsauber halten. Aber es ist ja klar, daß es so kommen muß, wenn man die Lumpen anzieht, die wir tragen, in denen schon einige Jahrgänge vor uns ausgeblutet wurden. Das Zeug ist nicht gereinigt; wie es abgelegt wurde von jenen, die nun längst draußen und vielleicht gefallen sind, haben wir es wieder vor der Kammer empfangen.

Allmählich merke ich, daß auch die anderen in der Korporalhaft unter dem Uebel leiden. Schließlich melden wir es Kreuz. Er ist etwas ärgerlich, weil wir es nicht schon früher gesagt haben.

Kretls meint er, „mir müßt ihr alles erzählen, dafür bin ich doch da. Aber ihr seid noch rechte Kinder.“ Ja, ja, unser Kreuz. Er meldet es sofort weiter. Morgen geht es zum Baden — die ganze Kompagnie. Wir freuen uns wie Jungs, die einen Ausflug machen sollen. Es kommt wohl auch daher, weil wir uns ausnahmsweise einmal wie Menschen behandelt fühlen.

Langer ist wieder aus dem Revier rausgeschmissen. „Etwas Reizenbluten“, hat der Arzt gesagt. „Das macht die Hitze und geht vorbei.“

Der arme Langer. Er ist noch blässer als sonst. In seiner Drillichjacke sieht er besonders erbarmenswert aus. Warum schreit man ihn nicht nach Hause? Es ist doch zu sehen, daß er es mit der Lunge hat, daß er überhaupt viel zu schwach ist. Er singt nicht mit, spricht mit keinem Menschen und schleicht wie ein geschlagener Hund. Er hat auch kein Talent, sich zu brüden; denn wenn er es richtig anstellen würde, käme er aus dem Lazarett nicht heraus. Er scheint dauernd zu grübeln. Früher sprachen wir öfter zusammen, aber jetzt gibt er kaum mehr Antwort, wenn ich ihn frage, ihm helfen oder Rückschlüsse geben will.

Wir kommen korporalhaftweise in den Baderaum. Es sind Dutzende da, und ein alter Badewärter kehrt in Holzpantscheln mit der Uhr in der Hand. Wir haben eine Viertelstunde Zeit zum Baden.

Der Wasserdruck umfaßt uns wie Rebel. Wir konnten nicht schnell genug aus den Pumpen kommen. Wir prusten und lassen uns warmes und kaltes Wasser über die Leiber rinnen. Jeder hat nur den Gedanken, recht viel Wasser zu bekommen.

Die Duschreihen reichen nicht aus, daß jeder eine erhält, so drängt wir einer den anderen fort und schöpfen mit den Händen auf dem Kopf uns gegenseitig das Wasser weg. In allem ist es bei den Preußen; mit dem Freuen, dem Erreichen der besten Kamotten und hier wieder mit dem Wasser. Wer am kräftigsten und am frehesten ist, hat den Vorteil.

Wir haben natürlich keine Badehosen an. Es ist das erste Mal, daß ich viele Menschen nackt sehe. Wir sehen alle schmal aus; die Stellen, wo die Tornisterriemen und das Korpschnüren, zeichnen sich deutlich ab. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen uns Großstädtlern und denen vom Lande zu sehen. Die Bauernjungs sind breiter und muskulöser.

Wenn wir in Uniform, steht einer wie der andere da. Die Gesichter sind wohl verschieden, aber doch alle gleich mit demselben gespannten und beherzten und doch mühsamen Ausdruck. Wir warten ständig auf Befehle.

Der da ist jetzt nicht der Grenadier Ribb, sondern der Freutischer aus Breslau. Ich kann mir genau vorstellen, wie seine Pferde auf den Hals Kopf und ihnen Zuder ins Gesicht streift, wie er auf seinem Bod ist und lustig mit der Pfeife knallt.

Dort steht Berberig, der Handlungsgehilfe. Er hat ein Brust, wie ich sie noch nie sah; sie läuft nach außen hin aus und die Rippen sind besonders deutlich zu sehen. Ich mag Güttler neben mir leise darauf aufmerksam.

„Ja, sagt er, das ist eine Hühnerbrust, der war ja schon ein Soldat geworden.“ Er spuckt auch manchmal Blut, ich hab ihn schon gesehen.“

Güttler selbst ist gedrunzen und hat starke Baden. Er jagt er: „Am linken Fuß habe ich nur vier Zehen, und auch hier. Und Plattfüße hab ich auch.“ Er lacht und haut sich den Bauch. — „Aber mit den Zehen brauche ich ja nicht zu knien.“ fährt er fort. „Ich hab's ja verjuzt, bei der Platzung frei zu kommen; aber der Stabsarzt und der Arzt meinten, dann drückte mich der linke Stiefel nicht so.“ na, da hast es. Sie nehmen eben alles, was Beine hat.“

Adamszki ist so klein, daß er zwischen uns fast verschwindet. Alles an ihm ist zerfickt wie bei einem Mädchen, und doch er der beste Soldat. Er ist ein Teufelstier; stink und geschmacklos wie eine Kacke. Im Zivil ist er Kabfahrer hier in Berlin in einem Eilbotenbüro.

(Fortsetzung folgt.)

Der Naziheld kriecht zu Kreuze?

Der Fabricius ohrfeigt sich auf Anordnung der Regierung selbst
Der blamierte Rechtsberater der das Gesetz verleiht

In der Sonneberger Stadtverwaltung, die unter der Leitung des aus der Reichsverwaltung ausgeschiedenen psychopathen und Nazi-Mannes Fabricius, geht es zurzeit drunter und drüber. Sonneberg hat seit der letzten Stadtratswahl eine rechte Stadtratsmehrheit. Der Staat wurde diesem Stadtrat jedoch nicht ausgeglichen, so daß der sozialistische Fraktion derzeit als Innenminister, den Bürgermeistern als Regierungskommissar. Er verweigert selbstherrlich den Staat durch Streichungen von Steuern auszugleichen. Dabei kam es zu Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten, die eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Die Folge war, daß die Arbeitsgemeinschaft in die Brüche ging und 5 bürgerliche Stadtratsmitglieder ihr Mandat niederlegen wollten. Der Stadtrat, welcher zu entscheiden hatte, lehnte die Mandatsniederlegung ab. Der Oberbürgermeister auf längere Zeit in Urlaub wurde mit seiner Vertretung als Regierungskommissar von der Regierung in Weimar der nationalsozialistische Regierungskommissar Dr. Fabricius, der von Fried als Rechtsbeirat

nach Sonneberg geholt worden war, beauftragt. Fabricius bestimmte bald, daß die 5 bürgerlichen Stadtratsmitglieder aus dem Stadtrat ausgeschlossen werden. In dieser Maßnahme war Fabricius gescheit nicht berechtigt. Unter dem wirtschaftlichen Druck und Drohungen hatten die Nazis zugleich auf einige bürgerliche Ratsnachfolger eingewirkt, daß sie das Mandat nicht annehmen wollten. Damit wollten sie erreichen, daß Anhänger der Nationalsozialisten in den Stadtrat einrücken, um so eine Mehrheit zu schaffen, die Fabricius zum 2. Bürgermeister von Sonneberg wählen sollte. Auf eine Beschwerde hat das Thüringische Ministerium den Regierungskommissar Fabricius angewiesen, sich zu korrigieren und seine Entscheidung, daß die fünf bürgerlichen Stadtratsmitglieder aus dem Stadtrat ausgeschlossen werden, rückgängig zu machen. Für Fabricius blieb nur die Wahl, sich selbst zu ohrfeigen oder die Konsequenzen zu ziehen. Er ist zu Kreuze gekommen und hat seine Entscheidung aufgehoben. Er hat sich damit unsterblich blamiert. Am Mittwoch sollte in Sonneberg eine Stadtratsitzung stattfinden, die aber im letzten Augenblick wahrscheinlich auf Betreiben des Herrn Fabricius abgeblasen wurde.

Das Disziplinargericht läßt sich nicht dumm machen

Der preussische Disziplinardienst erklärt die Legalität der Nazis für Schwindeln

Das höchste preussische Gericht für Beamten, der Disziplinardienst in Berlin, hat kürzlich in einer langwierigen Entscheidung nach eingehenden Unter-suchungen der NSDAP festgesetzt, daß diese Partei eine Revolution mit gewalttätigen Mitteln herbeiführen, deren Ziel über die nationalsozialistische Politik die Errichtung des „Dritten Reiches“ ist. In der in letzter Zeit von der Führung der NSDAP ausgesprochenen Parole, nach der das Parteiziel nur auf legalen und mit legalen Mitteln zu erreichen sei, erblickt der Disziplinardienst nur eine parteitaktische Verkleinerung tatsächlicher Ziele. Wenn revolutionäre Bestrebungen größeren Umfang annehmen und damit eine größere Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darstellen, hätten sie naturgemäß mit Gegenmaßnahmen der Bundesregierung zu rechnen. In einem solchen Zeitabschnitt gehen sie zum Schein Legalitätserklärungen abgeben, um ein Einbrechen der staatlichen Gewalt zu verhindern und dadurch Zeit zu gewinnen, bis der Zeitpunkt herankommt, die Partei in noch besserer Vorbereitung und mit militärischer Unterstützung ihren Zweck durchzusetzen. Die NSDAP, welche zweifellos auch mit einem militärischen Aufgebot geübter Kämpfer heute nicht länger aufrecht erhalten. Zieht man hierzu die zahlreichen eindeutigen Äußerungen namhafter Parteiführer und der Nazi-Partei-Presse in Betracht, so ist der Schluss unabweisbar, daß die NSDAP in der gegenwärtigen Zeit einen gewalttätigen Umsturz plane. Aus diesem Grunde hat der Disziplinardienst für Recht gehalten, daß der Beamte, der sich für die NSDAP betätigt, dem Dienst zu entlassen ist.

Die einen werden ausgetreten, die anderen treten selbst aus

Nämlich die Funktionäre der SPD.

Vor einigen Wochen wurde der Vorstand der hiesigen kommunistischen Stadtratsfraktion aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Jetzt sind zwei kommunistische Stadtratsmitglieder und zwei Funktionäre aus der SPD, von sich aus ausgetreten, weil sie, nach ihren Erklärungen, die Verantwortung für die Bonzenwirtschaft innerhalb der SPD nicht mehr tragen können.

Wird in England eine Regierungsumbildung geplant?

„Evening News“ meldet, daß zwischen den Parteien des Unterhauses eine Fühlungnahme darüber stattgefunden hat, inwieweit die jetzige Regierung auf einer dauerhaften Grundlage umzuwandeln sei. Man erwäge einen Aufruf an das Land, der sich auf die Politik des Schutzes stützen würde, da dafür eine Mehrheit im Lande vorhanden sei.

Jugoslawien pumpt Frankreich an

Wie die „Liberte“ meldet, hat Jugoslawien, dessen Staatshaushalt durch die Ausführung des Hoover-Planes vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht wurde, von Frankreich eine bedeutende „finanzielle Unterstützung“ erhalten. Die Höhe der Unterstützung, die Jugoslawien wahrscheinlich in Form einer Anleihe zuteil wurde, ist hier nicht bekannt.

Spanien eine Arbeiterrepublik?

Das Parlament beschloß, Spanien zu einer Arbeiterrepublik zu erklären. Der Beschluß ist mit 170 gegen 152 Stimmen nach einer Rede des Sozialisten Araquistain gefaßt worden.

USA und die Reparationsfrage

Der amerikanische Bankier für Verlängerung des Hoover-Moratoriums. Von ausländischer Seite verläuft gegenüber den täglichen Presse-meldungen hinsichtlich der Absicht der amerikanischen Regierung zur Reparationsfrage, daß vor Beginn des Kongresses weder ein positiver Schritt Hoovers, noch eine offizielle Verkündung in dem Reparationsproblem zu erwarten ist. Es wird jedoch nicht bestritten, daß die in Deutschland stark engagierten New Yorker Bankiers eine baldige Verlängerung des Hoover-Moratoriums wünschen und im Weissen Hause in letzter Zeit wiederholt entsprechende Schritte unternommen haben.

Hollands Etatdefizit

Auch das reiche Holland von der Krise ergriffen

Holland, das seit Jahren kein Etatdefizit aufzuweisen hat und seinen Haushalt immer wieder mit hohen Überschüssen abschloß, wird jetzt ebenfalls von der Krise ergriffen. Der Finanzminister befreit das Defizit des neuen Haushaltsplanes auf über 100 Millionen Mark. Die Folge ist, daß sich nunmehr auch Holland zu einschneidenden Sparmaßnahmen veranlaßt sieht. Alle Einnahmen unter 1000 Gulden (1700 Mark) jährlich sollen um 2% Prozent, alle über 1000 Gulden um 5 Prozent gekürzt werden, obwohl die Beamtengehälter bereits vor Jahren eine beträchtliche Kürzung erfahren haben und zahlreiche Beamte in den Ruhestand versetzt wurden. Außerdem plant die Regierung eine Benzinsteuer von 3 Cent (5.1 Pfennig) pro Liter. Diese Steuer wird damit gerechtfertigt, daß das Benzin in Deutschland 24 Cent (40 Pfennig) gegen 8 Cent (13.6 Pfennig) in Holland kostet. Welche Pläne die Regierung darüber hinaus noch hat, steht bisher noch nicht fest. Sie wird jedoch noch weitergehende Maßnahmen ergreifen müssen, zumal die Anforderungen der Gemeinden an die Zentralregierung wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit immer größer werden. Die Gesamtzahl der niederländischen Arbeitslosen dürfte 250 000 beträchtlich übersteigen. Unter ihnen dürften nach der Auffassung der Regierung allein 100 000 als Dauererwerbslose anzusehen sein.

Wüste Bege der faschistischen Presse

Gegen die italienischen Emigranten.

In der faschistischen Presse ist zurzeit ein neuer Feldzug gegen die „antifaschistische Konzentration in Paris“ und die ihr von der französischen Regierung gewährte Gastfreundschaft im Gange. Er beruht darauf, daß kürzlich der Urheber der jüngsten Bombenattentate in den großen Städten Italiens entdeckt wurde, als er bei der Anfertigung einer neuen Hölle-maschine schwer verunglückte. Dieser Genueser Mühlenbesitzer Bovone soll, zusammen mit den verhafteten zwölf Mitgehenden und unter Mithilfe seiner Freundin, einer ausländischen Tänzerin, die überall die im Haus Bovone verfertigten Bomben heimlich niederlegte, angeblich im direkten Auftrag der antifaschistischen Vereinigung in Paris gehandelt haben. Auch die Geldmittel sollen von ihr stammen. Täglich werden neue amtliche Berichte veröffentlicht, die diese Behauptungen erhärten sollen. Bisher fehlt aber in den Veröffentlichungen jeder nähere Beweis für die Behauptungen.

Am die Glaubwürdigkeit von Gontards

Der Oberreichsanwalt gegen Bullerjahn — Wie wird das Reichsgericht entscheiden?

Die der Verteidigung des wegen Landesverrats zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilten Oberlagerverwalters Walter Bullerjahn — die in den Händen des Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Rosenfeld liegt — gestellte Erklärungsfrist ist am 15. September abgelaufen. Der Oberreichsanwalt hat zwar seinen Strafausspruch bis zur Entscheidung über das dem Reichsgericht vorgelegte Strafaufschubgesuch beibehalten, aber hat erklärt, daß zu einer Strafausschließung zugunsten Bullerjahn seinerseits kein Anlaß vorliegt. Er hält das Urteil gegen Bullerjahn nach wie vor für unerschütterlich. Demgegenüber interessieren eine Reihe von neuen Tatsachen, die durch die bisherige Beweisaufnahme bekannt geworden sind. In erster Linie spielt dabei die Frage der Glaubwürdigkeit des großen Unbekannten, jetzt als Generaldirektor Paul von Gontard bekannt unter dem Namen Paul von Gontard, eine große Rolle. Während das Reichsgericht bisher der Auffassung war, daß die Glaubwürdigkeit oder Nichtglaubwürdigkeit des Herrn Gontard das Urteil nicht berührt sei, hat das Reichsgericht am 15. September in einer Entscheidung über diese Frage vorgenommen. Schon die Aussage des Herrn von Gontard selbst ist für Bullerjahn entlastend, weil er in keiner Weise angeben vermag, von den Engländern ihm mitgeteilt habe, daß Bullerjahn Verräter sei, und auch die Möglichkeit zugibt, daß sein Unter-nehmer, Direktor Hellwig, den Engländern den Namen Bullerjahn genannt habe und letzterer ihm wiederum von den Engländern als Verräter genannt worden sei. Katastrophal aber für Bullerjahn sind die Zeugenaussagen der Herren von Gontard, von Slaus und Generaldirektor Quandt, sein Vorgesetzter. Der Großindustrielle Slaus, Herr von Gontard, ist weniger als die Urkundenfälschung einer Suchungs-aktion, die letzterem große Vermögensverluste brachte. Der Direktor von Slaus beschuldigt Herrn von Gontard schwerer Verbrechen, darunter eine höchst bellätante Natur gegenüber Bullerjahn.

Wieder Schädlingsprozesse in Sowjetrußland

Die Göttern begann vor dem Kollegium für Straf-sachen beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Prozess gegen den ehemaligen Leiter des Nordoststrafkammer, der mit mehreren in verantwortlichen Stellen befindlichen Beamten dieses Trakts eine Reihe von Mißbräuchen und Amtsvergehen angedacht hat. Ferner sieht ein Prozess gegen drei Abteilungsleiter der Sowjetfabrik „Florochov“ bevor. Durch Mißwirtschaft der genannten Fabrik sind Millionenverluste entstanden, da die Mengen der hergestellten Schuhwaren sich als völlig unbrauchbar erwiesen.

Prinz Schönau berichtet

Wir erhalten zu dem am 22. August erschienenen Artikel „Verfassungswidrige Vorgänge“, der eine Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Rutawitsch behandelte, folgende Zuschrift:

Sie haben in Nr. 195 Ihrer Zeitung behauptet, ich hätte in Gutsdorf „provokiert“ und „Besetzung in Feindesland gespielt“. Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspressgesetzes erlaube ich mir Aufnahmen über die Verächtlichkeit:

„Unwahr ist, daß ich ein sozialdemokratisches Plakat abreißen lassen. Wahr ist, daß ich zur Irreführung bestimmte Klebezettel, die nicht als sozialdemokratische kennlich waren, von Nichtmitgliedern selbst entfernt habe. Es handelte sich nicht um die an Schlagtafeln oder sonst erlaubter Weise angebrachten Plakate der Sozialdemokratischen Partei. Unwahr ist, daß dies eine „Provokation“ gewesen sein soll, die den Ueberfall einer mit gefährlichen Werkzeugen versehenen Reichsbannerabteilung unter Führung des Straßenwärters provokiert haben soll. Wahr ist, daß die Ueberfallenen weder meine „Gesellschafter“ gewesen sind, noch durch Abreißen von Plakaten oder sonst wie provokiert haben. Unwahr ist, daß die Prinzessin darauf eskalriert und deshalb die Schutzpolizei anrief. Wahr ist, daß die Ueberfallenen, die sich durch die Angreifer gefährdet fühlten, meine Frau um Alarmierung des Ueberfallkommandos ersucht haben, nachdem der Amtsvorsteher der Wahlhandlung den polizeilichen Schutz verweigert obwohl durch den Ueberfall das Betreten der zum Wahllokal führenden Straßen mit Gefahr verbunden war. Unwahr ist, daß ich „Besetzung in Feindesland gespielt“ hätte. Wahr ist, daß ich den Landrat Daubenthaler zweimal

ersucht habe, das Haus durchsuchen zu lassen, in dem sich die Bande versteckt hielt und daß der Landrat Daubenthaler dieser berechtigten Forderung nicht nachkam, wodurch die Angreifer eine halbe Stunde Zeit gewannen, zu entkommen. Prinz zu Schönau-Carolath.“

Diese Berichtigung entspricht keineswegs dem angezogenen Paragraphen 11 des Pressgesetzes, der uns nicht verpflichtet, prinzipielle Werturteile abzugeben. Wenn wir ihr trotzdem Raum geben, so deshalb, um festzustellen, daß diese Berichtigung mit den tatsächlichen Vorgängen in Gutsdorf nicht in Uebereinstimmung gebracht werden kann.

Die zur „Irreführung bestimmten Klebezettel“ waren natürlich sozialdemokratische Plakate. Ein Genosse bewachte sie und erst als er vom Stahlhelmmann befristet wurde, der im Auftrage des Herrn Schönau abreißen wollte, kam es zu einer Schlägerei, bei der allerdings die prinzipielle Nazigarde den kürzeren zog.

Ein Reichsbanner-Ueberfall — mit „gefährlichen Werkzeugen“ — hat nie stattgefunden und kein Prinz noch sonstiger Bürger der Republik ist bei der Abtötungshandlung befristet worden. Auch „Gesellen“ hat es für durchlauchteste Gnaden nicht gegeben.

Natürlich hat die „Volkswacht“ nicht behauptet, daß das militärische Spiel vor dem Wahllokal von dem Stahlhelm und Nazileuten von ihnen selbst „Besetzung in Feindesland“ genannt wurde. Der Eindruck aber, den unbesangene Beobachter hatten, entsprach dieser Bezeichnung.

Freispruch in einem Spionageprozess

Eine Dienstmagd in Sch., die zwar aus Bad Warmbrunn stammt, aber tschechoslowakische Staatsangehörige ist, wurde vor einiger Zeit in Herischdorf i. Rgd. verhaftet, weil man sie im Verdacht hatte, geheimzuhaltende Dinge einem tschechischen Hauptmann mitgeteilt zu haben. Die Verhandlung vor dem Hirschberger Schöffengericht am Dienstag zeigte jedoch, daß die Angelegenheit einen ziemlich harmlosen Charakter hatte und das Deutsche Reich in seinem Bestande wahrlich nicht gefährdet konnte. Die Angeklagte war schriftlich mit einem tschechischen Hauptmann in Königgrätz in Verbindung getreten und hoffte offenbar, daß dieser sie heiraten würde. Im Verlauf dieser Korrespondenz erbat sich der Hauptmann Angaben über deutsche Wehrverbände, ein Bild der Hirschberger Kaserne und Exemplare des „Boten aus dem Riesengebirge“. Diese Fragen kamen der Sch. zwar bedenkl. vor, aber sie lehte die Korrespondenz fort, was zuerst als besonders belastend angesehen wurde. In der Verhandlung konnte ihr aber irgendeine Absicht der Vermittlung von geheimzuhaltenden Nachrichten nicht nachgewiesen werden. Das Gericht war vernünftig genug, festzustellen, daß man Anlichspostkarten der Hirschberger Kaserne überall kaufen könne und die gestellten Fragen auch keine „geheimzuhaltende Dinge“ darstellen. Fräulein Sch. wurde freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Schiffbruch auf der Oder

Bei P. ä. s. g. n., Kreis Grünberg, rissen einem Oberfahn aus Eichberg bei Cressen die Ketten, als er zu Feierabend anfernt wollte. Der mit 4000 Zentner Mauersteinen beladene Kahn wurde led und sank.

Ober-Salzbrunn. Man hofft auf die Innere Mission.

Der Haushaltsplan für 1931, bei dessen Beratung es in der vorigen Woche zu einem Zwischenfall kam da die Sozialdemokraten den Saal verlassen und die Sitzung beschluß-unfähig machten, wurde jetzt in einer neuen Sitzung der Gemeindevorstellung mit der bürgerlichen Mehrheit endgültig verabschiedet. Auf eine Anfrage über den Stand der Bauarbeiten Angelegenheit, an der die Gemeinde mit 60 000 Mark „Spar-einlagen“ beteiligt ist, teilte der Gemeindevorsteher mit, daß aus dem Konkurs der Gesellschaft nichts zu erwarten sei; man hoffe aber, daß der Zentralauschuh für Innere Mission und die evangelische Landeskirche sich für ihre moralischen Verpflichtungen befinden würden.

Waldenburg. Explosion im Kesselhaus.

In Waldenburg, Explosion im Kesselhaus. Im alten Kesselhaus des Bahndamptes kam es infolge eines undichten Gaschiebers zu einer Explosion. Zwei Heizer wurden verletzt; einer von ihnen mußte ins Knappschafslazarett eingeliefert werden.

Birlenbrück Kr. Bunzlau. Ein Banditenstiel. Nachts drangen Einbrecher in das Geislersche Gasthaus ein. Der einkarige Schmeißer des Wächters ging gegen die mit Maske und Revolver ausgerüsteten Eindringlinge vor, wurde jedoch von ihnen mit einer Frechschlange niedergeschlagen. Die Täter ent-lamen unter Mitnahme von Geld und Schwarten.

„Nicht die Billigkeit allein, sondern „Herzberg's“ Qualitäten entscheiden

Herzberg & Co.

Ostdeutschlands größte Likörfabrik
gibt die eigenen Fabrikkate in Breslau in 7 Filialen ab:
Höfchenstraße 48 | Bücherplatz 17/18
Leuthenstraße 10 | Michaelisstraße 3
Klosterstraße 64 | Selankastraße 17
Frankfurter Str. 103, gegenüber dem Schlachthof

Vom Faß, per Liter

Breslauer 32%	2.65
Rubauer-Creme	2.90
Franzbranntwein	4.40
Weißbrandversch.	3.45
Weißbrand, echt	4.40
96% Spiritus	7.00

Liköre vom Faß | **Liköre in Flaschen**

per Liter	30% 3.70	35% 4.40	per Flasche	30% 3.10	35% 3.60
Stonsdorfer, Blytorange, Ingwer, Curacao, Alpenkräuter, Prunelle, Nelke, Pommeranze, Sherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb Kümmel, Pfeffermünz, Anis 30% per Ltr. 3.40					

Herzberg's
Vom Faß
Jamaika-Rum-Verschchnitt zum Tee und Grog
per Liter 3.60
Himbeersaft per Liter 1.20
Deutscher Weinbrand
Marke Urfahrt aus französis. Weine in Flaschen Deutscher
Weinbrand ** 3.50
Weinbrand *** 4.00
Weinbrand **** 5.00
Verschnitt 3.70-2.80

Wir unterhalten keine Destillen mit Sitzgelegenheit, sondern nur reine Verkaufsstellen.

Billige Arbeiterwohnungen in Groß-Mochbern

Die Gemeindevertretung von Groß-Mochbern beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am Dienstagabend mit der Gemeindevorberkung für das Rechnungsjahr 1930, die bei einer Gesamteinnahme von 131 962,56 Mark und einer Gesamtausgabe von 127 637,81 Mark mit einem Bestände von 4324,75 Mark abschließt. Die im Rechnungsjahr 1930 von der Gemeinde aufgenommenen Schulden belaufen sich auf rund 18 000 Mark. Außerordentlich hoch liegen naturgemäß die Wohlfahrtsausgaben. Sie betragen 50 875,25 Mark, während im Voranschlag nur 36 800 Mark vorgesehen waren. Die Bürgersteuererbrachte den geringen Betrag von 2174 Mark. Da kein Anlaß zu Bewilligungen gegeben war, wurde Entlastung erteilt.

Sobann nahm die Gemeindevertretung den Abschluß eines Vertrages mit dem Bauhütten-Betriebs-Verband Schließten vor, demzufolge in der Nähe des Sportplatzes ein neues Zehn-Familien-Gemeinde-Wohnhaus gebaut werden soll. Die Finanzierung wird durch die „Volksfürsorge“ und den Kreis erfolgen, die je 15 000 Mark, letzterer aus Hauszinssteuermitteln, zur Verfügung stellen. Der Bauhütten-Betriebs-Verband verpflichtet sich, den Bau für insgesamt 30 000 Mark auszuführen. Eine Belastung durch Zinsen, Tilgungsraten usw. erührt die Gemeinde nicht, da diese Verpflichtungen durch Einkünfte aus Mieten gedeckt werden können. Die Wohnungen sind durchweg als Zweiraumwohnungen (Wohnküche und Stube), mit je 36 Quadratmeter bebaut und sollen 22 Mark kosten.

In der Aussprache hierüber wurde das Angebot des Bauhüttenbetriebsverbandes sowohl von der Sozialdemokratischen Fraktion als auch von den Bürgern im Hinblick darauf, daß kommunale und Staatskredite gegenwärtig für Gemeinden nicht mehr erreichbar sind, als recht günstig bezeichnet. Die im Vertrag vorgezeichnete Uebereignung des Baugrundes an den Bauhütten-Betriebsverband ließ ebenfalls auf keinerlei Bedenken, pa-

sich die Gemeinde das Vorkaufsrecht gesichert hat und im übrigen bei etwaigem Verkauf des Grundstücks des Bauhütten-Betriebsverbandes an einen Dritten 1 Mark pro Quadratmeter als Entschädigung erhalten soll.

Schließlich bewilligte die Gemeindevertretung einen Betrag von 168 Mark zum Zwecke der Kinderbetreuung. Aus diesen Mitteln, denen der Kreisbeitrag eine ähnlich hohe Summe hinzufügt, sollen lediglich Kinder aus Groß-Mochbern acht Wochen lang täglich mit je einem Liter Trinkmilch bedacht werden. Ein Antrag der Feuerwehr auf Erstattung von Aufwendungen für Schläuche und Ersatzteile wurde zurückgestellt. Vor Beendigung der Sitzung gab Genosse Klase bekannt, daß er infolge Ueberlastung in seiner Tätigkeit als Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes um Beurlaubung vom Gemeindevorsteherposten erucht hat, was der Landrat genehmigte. In seiner Stelle übernimmt vorläufig der erste Schöffe Genosse Scholz die Verwaltungsgeschäfte der Gemeinde.

Ein netter Gemeindevorsteher

Ist der Zentrumsmann J. Baum in Jäschgüttel, der nach dem Tode des früheren Vorstehers gegen die Stimmen der Arbeitervertreter in der Gemeindevertretung gewählt worden ist. Seine gewählte Art des Umgangs ist schon seit langem bekannt und erregt oftmals Anstoß in der Gemeinde. So belächelt er neuerdings Arbeitslosen vorzuwerfen, sie lägen „den ganzen Tag auf der Freife, der Wampe“, aber sich damit zu brüsten, daß er amtlich die Braut eines Arbeiters über intime Angelegenheiten ausgefragt habe. Besonders charakteristisch für dieses Musterexemplar bürgerlicher Kommunalpolitik auf dem flachen Lande ist aber ein Vorfall, der sich am 14. September zwischen ihm und dem Gemeindevorsteher Genossen Schöder ereignete. Baum bot Schöder „Arbeit“ auf dem Dominium für vier

Tage zu 3 Mark und Abzug der Hälfte aller Sozialabgaben. Das Ergebnis eines solchen Verdienstes bleibt noch hinter Wohlfahrtsunterstützung zurück, worauf Schöder natürlich wies. Baum verlor nun vollständig die Fassung und ergab in den unflätigsten Ausdrücken gegen den Genossen Schöder gegen die „Volksmacht“ und selbstverständlich auch gegen Sozialdemokraten, die er für „kreuzdumm“ hält, weil sie Interessen anderer vertreten. Aber erreichen würde sie ja nichts, denn „wenn die Bürgerlichen keine Arbeit hergeben hätten die Sozi gar nichts zu machen.“ Was die „Volksmacht“ schreibe, sei alles „Mist“ und „Quatsch“, mit dem die Leute gemacht werden usw.

Die Arbeiterkraft von Jäschgüttel hingegen ihrerseits fest, daß Herr Baum ein politischer Ehrabschneider ist, leistet sich nicht dazu bequemt, seine Ueuerungen zu widerrufen, die Umgeformten Mitteleuropas in der Jäschgütteler gemeindevorwaltung einzuführen.

Lohngebrand bei Massen aufgefährt

Am 14. August wurde, wie erinnerlich, auf der Landstr. von Massen nach Jäschgüttel der Wächter des Dominium Bajschwig, der auf dem Pentamont Bajschwig 3650 Mark gelbes Geld hatte, überfallen, durch Schläge auf den Kopf verletzt und herabst. Nach der Tat liehen die Räuber die Wohnungslösung auf der Landstr. liegen. Ein von dem abgegebener Schuß hatte sein Ziel verfehlt.

Die Täter, die außer dem Geld die Pistole und die Ausweispapiere des Wächters geraubt hatten, waren unermittelt kommen. Nach langen Nachforschungen ist es der Jagdgesellschaft der Breslauer Kriminalpolizei nunmehr gelungen, die Täter zunchmen und einen Teil des geraubten Geldes - 1230 Mark sowie die Ausweispapiere des Ueberfallenen wieder herbeizuschaffen. Es handelt sich um die Ewerkslosen Robert A. Neuen, Fritz A. aus Jaumgarten und Karl S. aus Krot. Das geraubte Geld war in einem Garten in Neuen vergraben.

Sammlen-Anzeigen

Nach langem, schwerem Leiden verstarb heute abend meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Anna Klose

geb. Klose
im Alter von 46 Jahren.
Breslau, den 15. September 1931.
Garvetstraße 11

In tiefer Trauer:
Wilhelm Klose und Kinder.
Beerdigung: Sonnabend, den 19. September, 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy. 8096

STADTHEATER
Donnerstag, 28 bis 23
Abonn.-Vorstellung D 2
Don Giovanni
Freitag, 28 bis 23 Uhr:
Dithello
Sonnabend, 28 bis geg. 22.45
Abonn.-Vorstellung G 2
Der Bettelstudent

LOBTHEATER
Täglic, 20.15-22.45
Phaea

THALIA-THEATER
Donnerst., Freitag, 20^h-22
Freie Bahn dem Tüchtigen
Sonnabend, 20.15 Uhr:
Zum 1. Male
Die Hofe (Kuppel von Carl Sternheim)

Achtung! Achtung!
H. Hennig's Gaststätte, Hinterbleiche 6
Während der Brückensperre Vorderbleiche bis 2. Oktober 1931
Zugang nur von der Matthiasstraße, Laufsteg
Wir bitten um ferneres freundliches Wohlwollen:
Georg Neugebauer und Frau, Oekonom 8471

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, 24. September, vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 25000
Bietungsstation 10.-Am. 3468
Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Bei **Hautjucken, Flechten**
Offenen Füßen, Krampfadern
nach veralteten Wunden ist die milde und wohltuende
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt.
In Original-Dosen à 1.25, 2.30 und 4.30
Zu haben in Apotheken 11677
wenn nicht vorrätig, Versand kostenfrei durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19 62
Leipziger Straße 74 (Bönhoffsplatz)

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. UG.
Kein Laden! 11699

Stoffe
für den **Anzug, Mantel, Sport**
kaufe hier und kauf nicht dort
denn **sehr billig**
wie bekannt
kauft man stets bei 10816

Kanus & Brandt
Ring 16
Nachweis von guten Maß-Schneidern zu mäßigen Preisen.

Schauspielhaus
Freitag, den 18. und Sonntag,
den 20. September, 8 Uhr
zweimaliges Gastspiel
Harry Liedtke
u. Berliner Ensemble
Ein idealer Gatte
Schauspiel von Oskar Wilde
Freise. 80 Pf. bis 5.-RM.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breche 3, am Gewandhaus 3

Schöne Kleider, Supp. kerb. Mts.
55 Pf. Ihre Plastik. 18x24 groß
Friedländer, Semestraße 38

Circus Busch
Schar-Anna / Rai 291 35
Türkischer Oekampf
Bis zur Entscheidung
Sultan-Forcemanol
Hier kämpfen
zwei Spezialisten ihren
Heimatkampf. Ferner
Grüneisen - Kawan
2 Entscheidungen:
Kley - Naber
Reiber - Kramia
Becker - Fawro

Sanitätsrat
Wasbutzki
verzogen nach
Lohesir. 56, pfr.
(an der Goethestraße)

Parteffreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Kohnungen
Suche unabhängigen, jamberen
Serren für Logis
1.75 RM. wöchentlich mit
Kocherlaubnis. Gänther
Friedr.-Wilh.-Str. 97, Jäh III

Berichte
Billiges Bett, 1 Oberbett, 1 Unter-
bett u. 2 Kissen für 17 Mk. u. verk.
Friedländer, Semestraße 38

Kleine Anzeigen
findet manpreis gezeigte einzel-
tliche Anzeigen von Bertosen,
Kaufgeboten u. a. nur von
Privaten. Sort 2 Preise,
— fell 4 Preise.

1 Herrenfahrrad (Schlamm-
reifen) und 1 Rasenmäher
billig zu verkaufen Suchs.
Störnerstraße 15. 63:7

Dohle (Kätz) entzigen.
Gegen Belohnung abzugeben
Hohenjollenstraße 33 35 pt. 1

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute **Ball halb und halb**
WAPPENHOF
Heute Donnerstag, ab 4 Uhr:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem 2. neuen September-Programm:
2 Fattino / Fritz Sylvaré / Rolf Raftaely
Willy Wallenda / Evy und Marly
Clemens-Duo / Exquisite-Ballett / Fred
Kaiser-Ensemble in seiner Meisterburleske
„Wenn die Soldaten...“ Ab 8.15 Uhr:
Große Abend-Vorstellung
2 Kapellen **BALL** 2 Kapellen
Eintrittspreise: Nachmittags 30 Pf., Abends 50 Pf. 8472

10307
Quabis Brot
ist anerkannt gut!

Achtung! Selbstbesohler!
Genosse! Du wirst in Ledersohlen, Gummiabsätzen
und sämtlichen Schuhbedarfsartikeln nirgends
preiswerter und billiger bedient, wie bei
Walter Neuser, Neumarkt 21
(neben Fahrradhaus Sieg)
Genossen u. Gewerkschafter 5% Rabatt!

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn
Karl Marx GO PL.
Buchhandlung Volkswacht, Breslau

Einige Parzellen-Interessenten
für Parzellen jeder Größe, ab 300 q Mtr.
ab 1.30 per q Mtr.
1/4 Anzahlung * 20 Monatsraten
werden noch vorgemerkt - auch Sonntags -
Unverbindlich - Kostenlose Auskunft -
Besichtigung auf ehem. Zuckerfabrik gel.
Groß-Mochbern durch Meister Ullmer.
Ausbau u. Umbanmäßige Gebäude
für Wohn- und gewerbliche Zwecke aller
Art ebendort. - Gebr. Steine vorrätig.
Näheres bei **Walter Klose, Breslau 23**
Bahnhofsstraße 9
Telefon 27123

Achtung, Genossen!
Sicher willst Du gut, aber auch billig
kaufen. Dann höre zu.
1. Durch Kauf bei uns, unterstützt Du
Deinesgleichen.
2. Dafür räumen wir Dir Preise ein, die
Deinem Verdienst entsprechen.
3. Wir baldornern Dich nicht aus, sondern
lehnen es aus sozialen Gründen ab, Preis
zu fordern, wie dieses vorgeschrieben werden
4. Darum werden wir bekämpft, wir
bitten Dich, nun erst recht nur bei uns
Deinen jeglichen Bedarf zu decken
5. Dafür bekommst Du als Genosse u.
Gewerkschafter auf Doinen Ausweis
5% Somterrabatt!

Herrenrad 47.90
mit Freilauf, ein Jahr Garantie . . .
Damenrad 58.00
mit Freilauf, 2 Jahre Garantie . . .
Halbrenner 58.90
gemauft
Räder mit Außenmuffen
4 Jahre Garantie
Herren 65.50
Damen 69.00, 76.00
Halbrenn 76.00, 85.00
Original Bismarck- u. Bavaria-Rennr.
Mk. 89.00
Auf Wunsch wird Dir **Zahlensperleichterung**
ohne jeden Aufschlag gewährt.

Decken la ab 1.75
Fabrikat Metzger 2.30, Conti 2.75
Dunlop 3.00, Naturgummidecke 3.50
Schlauchreifen
Fabrikat Conti, Polack, Hutchinsohn
5.-, 5.25, 5.50, 6.50
Große Auswahl in
Fahradlampen ab Mk. 1.85
Kompl. Dynamoanlagen
starkes Licht, Mk. 7.50, 8.50 usw.
500 Fahrrad-Rahmer
in allen Ausführungen
zur Auswahl ab **13.50**
Reparaturen 29.00, 33.00 Orig. Bismarck 39.50
Pedale mit Gummi, Paar 1.10, Lenker ab 1.40,
Vorbatlenker komplett 3.80, Sättel ab 1.95, Ge-
päckträger mit Klappe 1.50, Kettlen ab 0.50
Weitere Teile dsgleichen billigst.
Sämtliche Reparaturen u.
Emailierungen prompt und sauber!

Fahrrad-Sieg
nur Neumarkt 19 (neben Barasch)
Das Volks- und bedeutende Fahrradhaus Ostdeutschlands

Breslauer Nachrichten

Das Theater der Volksbühne

Kündigung des Breslauer Operpersonals zur Festsetzung neuer Gehälter

In überflüssig sensationeller und zum Teil auch falscher Fassung bringt ein Breslauer Morgenblatt die Nachricht von der Kündigung des gesamten Breslauer Operpersonals. Wie wir erfahren, ist diese Kündigung lediglich eine Auswirkung der Entscheidung der Preussischen Regierung vom 12. dieses Monats...

Der Erwerb des Thalia-Theaters durch die Breslauer Volksbühne - Aus der „alten Kunst-Scheune“ soll nun ein modernes Volkstheater werden - Grobzügiger Umbau bereits im kommenden Jahre geplant - An alle Breslauer Theaterfreunde ergeht der Ruf um Mithilfe - Das neue umgebaute Theater soll auch einen neuen Namen erhalten

Aus den vielen, in letzter Zeit wieder einmal reichlich - oftmals nur aus purem Sensationsinteresse - gebrachten Mitteilungen der bürgerlichen Tagespresse über die Zukunft der Breslauer Theater, konnte man auch einige Vermutungen über einen beabsichtigten Verkauf des Thalia-Theaters an die Breslauer Volksbühne erfahren. Wir haben, solange noch die Verhandlungen...

hier einen gründlichen, das Theater vollkommen verändernden Umbau vor. Das Theater soll im Grundriss kleiner werden, damit es größer wird. Die Scheuklappen, an den früheren Zirkus erinnernden Rundbögen sollen gänzlich verschwinden und nur das Parkett und der festige Balkon zu einem intimen Theaterraum umgestaltet werden.

Der Kaufpreis beträgt insgesamt 97 000 Mark. Davon sind 77 000 Mark Hypothek, die verzinst werden müssen, dagegen sind nur 20 000 Mark von der Volksbühne bar aufzubringen. Wie wir erfahren, ist die Bezahlung dieses Betrages durchaus sichergestellt. Hinzu kommen noch zwei zu zahlende Renten in Höhe von jährlich gegen 11 000 Mark, die ebenfalls vom Käufer bezahlt werden müssen.

Wie aber steht es mit der Kostenfrage? Ist es nicht geradezu unsinnig, solche Pläne heute in dieser Zeit zu schmieden. Genaue Berechnungen haben für den Umbau einen Kostenpreis von 59-60 000 Mark ergeben, eine Summe, die man glaubt, ohne allzu große Schwierigkeiten aufbringen zu können.

Marchiert Hitler?

Die braunehochste Dichtertätigkeit hat jetzt einen Zweizeiler zugefordert, der allen Versammlungsankündigungen vorausgeschickt wird:

Brüning regiert, Hitler marschiert! Brüning regiert, ist ja gerade nicht neu, aber von Hitler ist es doch wohl heißen, er antichambriert, nämlich bei dem schwertapitalistischen Geldgebern. Er sitzt denn auch in dem Braunen Hause wie Heinrich Heines brauner Wanzertisch seinem Kupferpfennig. Das Marchieren überläßt er denen, die noch dummer sind als er.

Ueber diesen Anlauf des Thalia-Theaters hinaus interessiert die Frage nach der Zukunft dieses Theaters, zumal eine in Breslau sehr bedeutende Kulturorganisation das Theater nun in ihrem Besitz hat. Es wird nicht wenige in Breslau geben, die meinen, daß aus diesem Bau und in dieser Gegend kaum etwas anzufangen ist, und die es vielleicht ein wenig bedauern, daß nun endgültig dieses Theater für lange Zeiten unerschaffen bleiben wird.

Die Restsumme aufzubringen, dürfte insofern nicht allzu schwierig sein, als sich die Volksbühne mit ihrem neuen Projekt an alle Breslauer Theaterfreunde wendet. Man denke u. a. an die Schaffung eines Baufonds. Für bereits 0,50 Mark an will man Baufondsmarken herausgeben, die beim Besuch des Thalia-Theaters in Anrechnung gebracht werden.

Am Meldechein

Ausfüllen! In der nächsten nationalsozialistischen Versammlung abgeben! Ich bin aufs tiefste enttäuscht von dem Verrat der sozialdemokratischen Partei. Ich sehe mich betrogen um alle meine Hoffnungen und bin nunmehr bereit, für ein deutsches Arbeiterwaterland zu kämpfen.

Mit einer eventuellen größeren Renovation ist es hier allerdings nicht getan. Breslauer Theaterbesucher wollen nicht nur gegen herabstürzende Deckenstüben geschützt sein, sondern fordern schon lange, daß endlich einmal das Zirkusbild verschwindet. Der von der Volksbühne vorgesehene Umbau sieht

Der jetzige Besitzer will auch dem umgebauten Theater einen neuen Namen geben, um auch auf diese Weise die Erinnerung an das Zirkustheater zu löschen. Es sind bereits Absichten laut geworden, Gerhart Hauptmann zu erlösen, es als Gerhart-Hauptmann-Theater bezeichnen zu dürfen. Die Neueröffnung könnte - da man die kommenden Sommermonate für den Umbau vorgesehen hat - noch rechtzeitig zu den Festspielen anlässlich des 70. Geburtstages dieses großen schlesischen Dichters erfolgen.

Folgen eines vielgeübten Reichsfinns

Eine alte Frau verbrannt Die in der Güntzerstraße 22 wohnende 68jährige Frau Anna Sehnawig benutzte am Dienstag beim Feueranzünden ihrer Wohnung etwas Petroleum, das sie aus der Kanne in schlechte Feuer gab. Sofort erfolgte eine Explosion, die die Frau in die Luft schlug und sie in die Kleider der Frau fingen. Sie erlitt schwere Brandverletzungen und mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo sie gestern an den Folgen ihrer schweren Brandwunden gestorben ist.

Augen auf, Zeichen zu!

Man schreibt uns: Immer kann festgestellt werden, daß Verbote irgend welcher Dinge, die von der Masse dringend benötigt werden, einen starken Schleichhandel entstehen lassen. Auch das Verbot des Anpreizens von Mitteln zur Geburtenregelung hat dazu geführt und zeigt eine ungeheure Uebervorteilung der Käufer beim Erwerb solcher Mittel. Mann und Frau sind in der heutigen Zeit direkt gezwungen, Geburtenregelung vorzunehmen. Es ist darum kein Wunder, wenn Hausierer solche Mittel anpreisen und zu hohen Preisen oftmals untaugliche Mittel verkaufen können.

Konzeffion für Milchhandels-geschäfte

In letzter Zeit haben sich Verkäufe von Geschäften, die zum Milchhandel zugelassen waren, gehäuft. Wie bekannt, besteht für die Milchverkaufsstellen, auch für den Handel mit Milch in verschlossenen Flaschen und für den Glas- und Flaschenweihen Milchumschank, der Genehmigungszwang. Die Konzeffion gilt nur für das betreffende Geschäft und den derzeitigen Inhaber. Mit dem Verkauf eines solchen Geschäfts erlischt auch die Erlaubnis zum Milchhandel.

Ein Fallboot vom Winde umgeworfen

die 3 Insassen vom Rettungsboot aufgenommen Auf der Ober wurde unweit der Lessingbrücke ein Fallboot, das von drei Vermessungslehrlingen besetzt war, vom Winde weggeführt und umgeworfen. Auf dem Fallboot war ein Segel aufgebunden. Die drei Segler wurden von einem Rettungsboot, das in einem Reichsmehrangehörigen und einem Vorarbeiter herankam, aufgenommen. Strassenpassanten warfen Schwimmenden noch den Rettungsring zu, der jedoch nicht benötigt wurde. Die Verunglückten wurden zur Polizeistation in der Regierung gebracht und nach Feststellung ihrer Identitäten wieder entlassen. Das Boot wurde dem Besitzer wieder zurückgegeben.

Der Streit um die D-Jüge 32 und 35

Ein Fahrplankompromiß geschlossen - Künftig Eilzugturswagen Stettin-Breslau Die Reichsbahn hat im Winterfahrplan eine Anzahl sonst durchlaufender Jüge getrichen, so die D-Jüge 132 und 135 Stettin-Küstrin-Frankfurt-Sora-Liegnitz-Breslau. Die D-Jüge 32 und 35, die bisher von Berlin über Frankfurt/Oder-Reppen-Rothenburg-Grünberg-Glogau verkehrten, waren zunächst auf die Strecke Frankfurt-Guben-Sora-Liegnitz-Breslau umgelegt worden als Ersatz für die D-Jüge 132 und 135. Auf der Strecke Reppen-Grünberg-Glogau-Breslau hätte dann an beschnittenen Jügen nur noch das Eilzugpaar 78/79 zur Verfügung gestanden, das zwischen Breslau und Berlin verkehrt. Die ganze nieder-schlesische Wirtschaft und die Städte an dieser Strecke protestieren gegen diese Verkehrsverschlechterung, da die D-Jüge Stettin-Breslau seit Jahrzehnten verkehren, im Frühjahr d. J. durch Vertauschung den Lauf Breslau-Berlin erhielten und nun ganz gestrichen werden sollen. Dieser Protest hat Erfolg gehabt insofern, als die Reichsbahndirektion Oden ein Kompromiß schloß und die D-Jüge 32 und 35 auf der Strecke Glogau-Breslau be-

Flucht aus dem Leben

In den späten Abendstunden des Mittwochs wurde in seiner Wohnung in der Gartenstraße der 37 Jahre alte Kaufmann J. erhängt aufgefunden. Ueber den Anlaß zur freiwilligen Selbstentziehung ist bisher nichts zu erfahren gewesen.

Auch Sellerie ist gefragt

Wenn Gold und Silber gestohlen wird, kann man das noch nachträglich finden, weil ja der Dieb hofft, seine Beute veräußern zu können. Was soll man aber dazu sagen, wenn sogar Sellerie gestohlen wird? Und doch ist dies in der Nacht zu Glogau passiert. Auf dem Gelände eines Gärtnereibesitzers der Umgebungsbahn haben die unbemerkten Sellerie-Versteckten gleich in so großem Stil geerntet, daß sie zum Transport ihrer Beute einen Wagen benutzen mußten. Die gestohlenen Selleriewurzeln hatten einen Wert von 60 Mark.

Flucht aus dem Leben

Die in letzter Zeit haben sich Verkäufe von Geschäften, die zum Milchhandel zugelassen waren, gehäuft. Wie bekannt, besteht für die Milchverkaufsstellen, auch für den Handel mit Milch in verschlossenen Flaschen und für den Glas- und Flaschenweihen Milchumschank, der Genehmigungszwang. Die Konzeffion gilt nur für das betreffende Geschäft und den derzeitigen Inhaber. Mit dem Verkauf eines solchen Geschäfts erlischt auch die Erlaubnis zum Milchhandel.

Wer mit Milch handelt, ohne im Besitz der Milchhandels-erlaubnis zu sein, macht sich strafbar, erweicht sich gleichzeitig wegen Nichtbeachtung der bestehenden Bestimmungen als unzuverlässig und kann dann auf eine Genehmigung nicht mehr rechnen. Geschäfte, in denen sich eine Drehrolle befindet, werden zum Milchhandel nur dann zugelassen, wenn die Drehrolle sich in einem besonderen gegen den Laden mit einer Tür abgeschlossenen Raum befindet. Die Mindestverkaufsmenge an Vollmilch beträgt bei Labengeschäften 100 Liter, bei Klingelwagen 300 Liter täglich. Mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsmilchgesetzes am 1. Januar 1932 dürfte die Mindestmenge für den Kleinhandel auf 200 Liter, für den Großhandel auf 1000 Liter erhöht werden.

Landeskongress des französischen Gewerkschaftsbundes

Paris, 15. September (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag ist der Allgemeine Gewerkschafts-

Es ist daher die Aufgabe der französischen Arbeiterorgan-

und einen kommunistischen Gewerkschaftsbund gründeten, der

Die ganze Hilfslosigkeit des kapitalistischen Wirtschafts-

Wie reimt sich das zusammen?

angenommen, in der die Notwendigkeit betont wird, daß alle

Kapitalistischer Wahnsinn

Das brasilianische Kaffeekartell verfrachtet 877 000 Sack Kaffee ins Meer

Westfalen 12,5 Millionen Tonnen Kohle auf der Halde liegen,

So gibt das Kaffeekartell in Brasilien bekannt, daß zum

Wie reimt sich das zusammen?

Teilweise Stilllegung bei „Hydrometer“-Breslau

Deutsche Baugenossenschaft Berlin vor dem Konkurs

Die 1926 gegründete Deutsche Baugenossenschaft

Der Kartellschwindel

Sintweg mit den mehrfachen Doppelpreisen

Der Einzelhandel ist dabei noch am ehrlichsten und der

Kartelle und Syndikate werden für den einen oder anderen um

Der Arbeitgeberverband der Blech- und Metallwaren-

Gasexplosion in Köln

In einem Hause in der Herbestraße in Köln-Blindenthal explodierte gestern nacht ein Gasofen. Eine Frau erlitt so schwere Vergiftungen, daß sie auf dem Wege zum Krankenhaus starb.

Das Schülerunglück in der Lübecker Reichswehrlafete vor Gericht

Vor dem Schöffengericht in Lübeck begann gestern die Verhandlung gegen den Oberleutnant von der Landen und den Waffenmeister Ahmus vom 6. Infanterie-Regiment.

Schwere Bluttat in Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen war bei im Stadtteil Bismard gelegene Rahmannhof gestern nachmittag der Schauplatz einer schweren Bluttat. Im Laufe eines Streites zwischen den Familien Küpper und Dreger, die schon seit Jahren miteinander in Unfrieden leben, ergriff der 30 Jahre alte Heinz Dreger eine Pistole und schob auf den Schwager des Küpper, den 33jährigen Johann Dors, der tot zusammenbrach.

Folgen der Arbeitslosigkeit

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die beiden 20- und 21jährigen Arbeiter Müller und Hallmann, die am 18. Juni nach dem Vorbild des Mörders Reins einen Raubüberfall auf einen Geldbriefträger unternahmen, zu je zwei Jahren Gefängnis.

Razzia auf Fahrraddiebe

In Berlin werden in letzter Zeit täglich im Durchschnitt fast 50 bis 60 Fahrräder gestohlen bzw. entsprechende Diebstahlsanzeigen gemacht. Die Kriminalpolizei unternahm deshalb am Mittwoch in der Nähe der Pfandkammer eine Razzia und freiließ 40 Personen, die sich dort aufhielten, langsam ein.

Schnelljustiz gegen Nazis

Die 43 wegen ihrer Beteiligung an den Berliner Kurfürstendamm-Krawallen festgenommenen Nationalsozialisten werden auf Grund einer Vereinbarung zwischen der politischen Polizei und der Staatsanwaltschaft am Freitag vormittag vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg in einem Schnellverfahren abgeurteilt werden.

Die Suche nach den Tätern von Bia Zorbagn

Feiner Mond zufolge ist in den polizeilichen Erhebungen zum Bia Zorbagn Attentat spät abends eine Wendung eingetreten. Es wurde festgestellt, daß der der Ritterlichkeit verdächtige Martin Leipzig Komplize gehabt hat.

Feier Kaplo meldet, daß gestern Nacht elf verdächtige Zustände zur Polizei gebracht worden sind, wo sie sofort einem Verhör unterzogen wurden.

Waggar Hillap zufolge soll festgestellt worden sein, daß die beiden Fremden, die am 13. d. M. Budapest in einem Flugzeug verließen, zwei Spanier gewesen seien.

SPD.-Abrechnung mit den Kommunisten

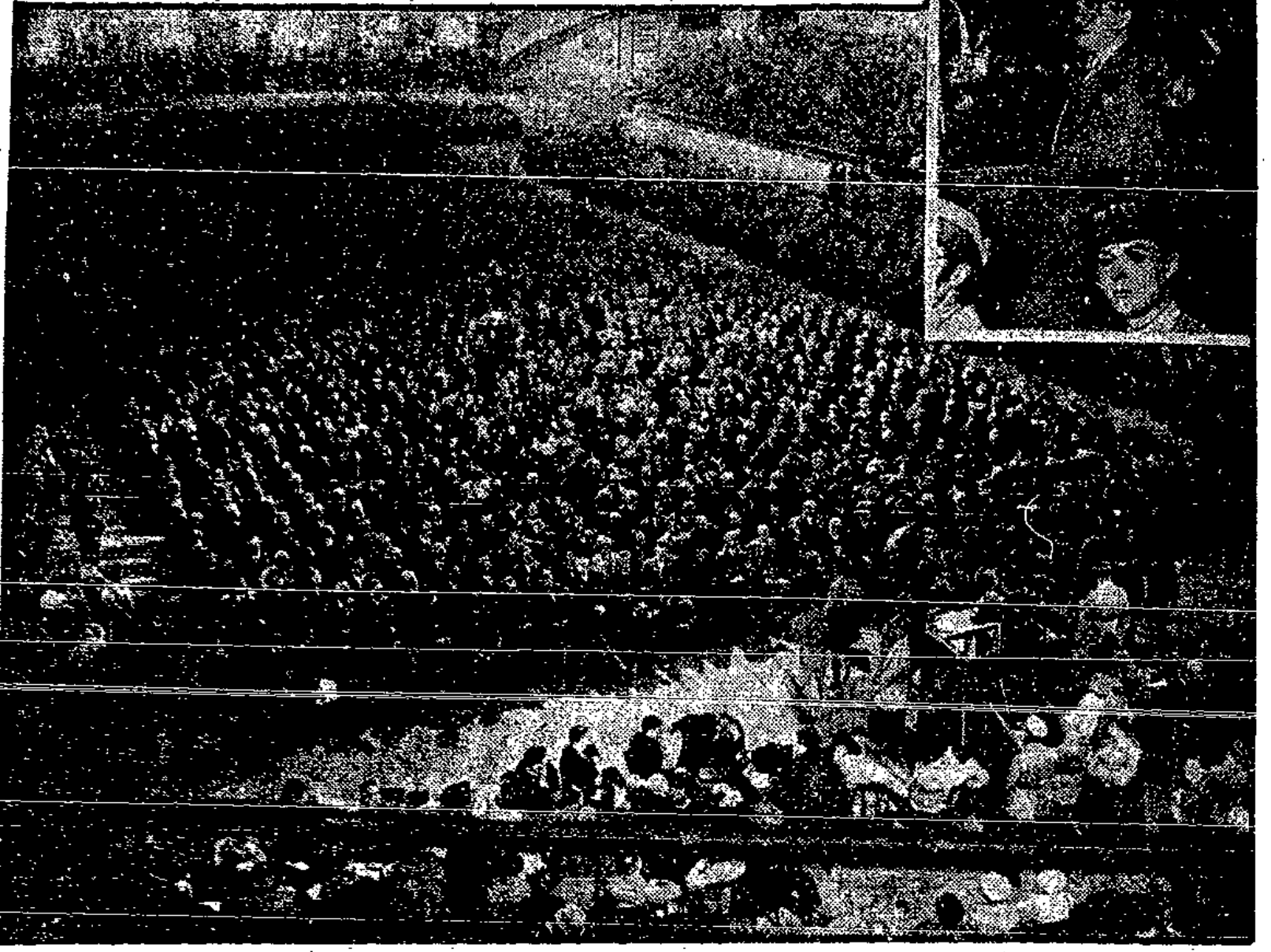


Bild in die Rieserversammlung im Berliner Sportpalast. Oben rechts: Reichstagsabgeordneter Küstler, der Vorsitzende Berliner SPD., bei seiner Rede gegen die Kommunisten.

angehörige angehalten, die die ungarische Grenze passieren wollten, sich aber nicht einwandfrei legitimieren konnten. Auch diese wurden zur Polizei gebracht, wo sie noch im Laufe der Nacht verhört wurden.

In der Tschekoslowakei wurden sofort nach dem Eingang der ersten Meldungen über das Eisenbahnattentat von den Sicherheitsbehörden Nachforschungen aufgenommen und Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet.

Kommunistische „Abrechnung“

Vor dem Schnellgericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte wurden am Mittwoch mehrere Kommunisten, die bei den Tumulten während der letzten Sportpalast-Rundgebung der Berliner SPD. festgenommen worden waren, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Nichtbeachtung polizeilicher Anordnungen und Aufzorderung zur Begehung einer strafbaren Handlung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

In der Arktis verschollen

Das Expeditionschiff des Forschers Dr. Knud Rasmussen, „Sölonen II“ lief gestern vormittag, von Thule kommend, in Kopenhagen ein. Der Kapitän des Schiffes, Peter Petersen, teilte mit, die Expedition, die im Frühjahr ausgegandt wurde, um nach dem verschwundenen dänischen Geologen Tage Rose Sjare und seinem Begleiter, dem Deutschen Dr. Krüger, zu suchen, habe das gesamte Gebiet durchstreift, das die beiden Wissenschaftler erschließen sollten.

Ein Jahr in der Luft

Auf Grund der von Professor Nikoljanoff bei der Nordpolfahrt des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ gewonnenen Erfahrungen mit Registrierballons wird nunmehr vom arktischen Institut in Leningrad die erste unbemannte Ballonexpedition in die Arktis vorbereitet.

Flugzeugkatastrophe, 6 Tote

Ein dreimotoriges Jaktflugzeug der rumänischen Fluggesellschaft Sibana geriet beim Flug von Paris nach Bukarest in Rumänien über dem Tal von Balacita in einen schweren Unfall und stürzte ab.

Flugzeugzusammenstoß

In der Nähe von Strazburg stießen zwei französische Militärflugzeuge zusammen und stürzten ab. Die Piloten der beiden Maschinen verunglückten tödlich.

Noch immer keine Spur vom Flugzeug Rodys

Obwohl von Armee- und Marinebehörden, Privatflieger Seelenten und Fischern größte Anstrengungen gemacht wurden, das Flugzeug Rodys an entlegenen Stellen zu Wasser oder Lande zu entdecken, blieben bis zum frühen Morgen alle Vergebens.

Allen und Moyle auf den Aleuten gelandet

In Seattle lief gestern bei der Küstenwache eine Meldung ein, daß die in Japan vor einer Woche gestarteten Flieger Allen und Moyle, die bisher als vermisst galten, sich wohlbehalten auf den Aleuten befinden.

Trümmer eines Flugzeuges auf hoher See aufgefunden

Der britische Fischdampfer Lord Trent entdeckte gestern bei 56 Grad 50 nördlicher Breite und 1 Grad 10 östlicher Länge die Trümmer eines Flugzeuges, die als die Reste Maschine der Flieger Parker, Cremer und Paquet erkannt wurden.

Neuer „Nautilus“-Schaden

Auf der Fahrt von Spitzbergen nach Bergen hat Wilkinsche Polar-U-Boot „Nautilus“ abermals Maschinenschaden erlitten. Das Boot nahm zwei Lotsen an Bord.

Tausend Tote in Belize

Der Gouverneur von Britisch-Honduras hat das Kolonialamt telegraphisch benachrichtigt, daß der Direktor für öffentliche Arbeiten, der den Auftrag hatte, für die Wegschaffung Todesopfer von Belize zu sorgen, die Gesamtzahl der Toten in Stadt und Umgegend auf tausend schätzt.

Wie dem Marinedepartement in Washington gemeldet wurde, ist ein gestern vormittag aus der Zone des Panamakanals mit Lebensmitteln nach Belize (Britisch-Honduras) abgegangenes Transportflugzeug unterwegs abgestürzt. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet.

Orkan über Veracruz und Santa Rosa

Nach einer Meldung aus Veracruz wüthete dort gestern Orkan, der Schaden an den Gebäuden anrichtete und die Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom unterbrach. Eine Anzahl kleiner Schiffe im Hafen kenterte und ging unter.

Radio im Kopfkissen

Um den Kranken in Kliniken das lästige Radiohören ersparen zu können, bringt eine amerikanische Radiogesellschaft ein eigens konstruiertes Kopfkissen heraus, das die Stelle Lautsprechers vertritt.

Edisons Gesundheitszustand bedenklich

Wie der Edison behandelnde Arzt mitteilt, verschlechtert sich der Gesundheitszustand Edisons seit etwa einer Woche Tag zu Tag.